

KASSELER ERKLÄRUNG

Für bezahlbaren Wohnraum, für eine sozialökologische Verkehrswende und für gute Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand – Reichtum besteuern!

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Hessen
Murat Çakır, OB-Kandidat der Kasseler Linken

Kassel, 11. Februar 2017

DIE LINKE. steht für ein gutes Leben, in lebenswerten Städten und Gemeinden. Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung. Daher setzen wir uns u. a. für die bedarfsgerechte Schaffung und Erweiterung von bezahlbarem Wohnraum, für den Ausbau des ÖPNV, mit dem Ziel, den fahrscheinlosen ÖPNV zu entwickeln und für eine gute Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ein. Diese, für unser Land und unsere Kommunen unabdingbare Aufgaben und gemeinwohlorientierte Dienstleistungen sind finanzierbar. Dafür benötigen wir endlich ein gerechteres Steuersystem. Auf der Grundlage des Grundgesetzes (Art. 14 Abs. 2) fordern wir zur Sicherung der verfassungsgemäß verbrieften Sozialstaatlichkeit, dass die Reichen und Großunternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten werden. Für die Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung engagieren wir uns in den Parlamenten und auf der Straße. Dabei stehen wir auf der Seite der Lohnabhängigen, der Erwerbslosen, der in die Armut getriebenen Menschen, der Rentner*innen, Jugendlichen und der Migrant*innen. Wir wollen sie motivieren und ermutigen, gemeinsam mit uns, den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Initiativen für ihre Rechte aufzustehen und für ein soziales Hessen zu kämpfen!

Bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum für alle

Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben und darf nicht zum Luxusgut werden. Die Mieten in Kassel explodieren geradezu, es herrscht Wohnungsnot – mit verheerenden Folgen für Erwerbslose, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Flüchtlinge, Rentner*innen, Studierende und Auszubildende. Die Mieten sind in den letzten Jahren rasant gestiegen und überfordern mittlerweile auch Normalverdiener*innen. In Hessen fehlen insgesamt mehrere hunderttausende bezahlbare Wohnungen.

Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen hat sich seit 1991 um rund 85.000 verringert. Jährlich fallen tausende Sozialwohnungen aus der Bindung, während lediglich rund 600 neu gebaut werden. Anstatt öffentlichen und sozialen Wohnungsbau nachhaltig zu sichern, die Wohnqualität zu verbessern und auch barrierefreies Wohnen bezahlbar zu machen, werden immer mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnung umgewandelt, zudem wird auf private Investoren gesetzt.

Wir brauchen einen klaren Kurswechsel in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik – in Kassel wie in ganz Hessen. Die Versorgung breiter Bevölkerungskreise mit bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum darf nicht allein dem Markt und Privatinvestoren überlassen werden. Anstatt private Kapitalverwertungsinteressen zu vertreten, müssen das Land und die Kommunen ihrer Verpflichtung, nämlich der Erledigung der originär öffentlichen Aufgabe, bezahlbarer

Wohnraum zu schaffen, nachkommen. Wir setzen uns für eine aktive Wohnungspolitik des Landes Hessen und der Stadt Kassel.

Wir fordern:

- Förderung des Baus von jährlich mindestens 10.000 Sozialwohnungen durch das Land Hessen unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung barrierefreier Wohnungen
- Stärkung der Genossenschaften und der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und verstärkte Nutzung von Förderprogrammen des Bundes und des Landes.
- Errichtung von jährlich 2000 campusnahe, kostengünstige Wohnungen für Studierende in Hessen, finanziert durch das Land.
- Einführung einer Sozialquote für private Investoren und Nutzung städtebaulicher Steuerungsinstrumente wie Konzeptvergabe oder Förderung von Ergänzungen des Wohnungsbestandes.
- Umsetzung einer konsequent ökologie- und gemeinwohlorientierten und ganzheitlichen Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Liegenschaftspolitik für eine nachhaltige Stadtentwicklung.
- Durchführung von warmmietenneutralen Sanierungsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau.
- Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft durch die Jobcenter.
- Förderung von selbstorganisierten Haus- und Wohnprojekten, wie etwa das Mietshäusersyndikat

Mobilität für Alle – Für eine sozialökologische Verkehrswende

Mobilität ist wichtige Voraussetzung, um gleichberechtigt am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr verursacht erhebliche Umweltbelastungen. Feinstaubbelastung, Emission von Treibhausgasen und Verkehrslärm führt zu Gesundheitsschäden. Deshalb muss Verkehrsvermeidung und Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (Busse und Bahnen) zum Ziel der Kommunalpolitik werden.

Wir treten dafür ein, dass alle Einwohner*innen eine Mobilitätsgarantie erhalten, damit sie sowohl in den Städten als auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil sein können. Wir wollen in erstem Schritt Preise deutlich senken, ein Sozialticket einführen und streben perspektivisch den Nulltarif an.

Der Öffentliche Personennahverkehr ist chronisch unterfinanziert. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass durch eine erhöhte Förderung und systematischer Optimierung der ÖPNV ausgebaut wird.

Wir fordern:

- Dynamische Erhöhung der Regionalisierungsmittel durch den Bund zur Finanzierung des ÖPNV.
- Erhöhung der originären Landesmittel für den ÖPNV.
- Förderung innovativer Modellprojekte, wie Nulltarif im ÖPNV durch das Land.
- Einstieg in den Nulltarif im ÖPNV mit einem integrierten Konzept für Stadt Kassel und nordhessischer Landkreise.

- Gute Arbeitsbedingungen, bessere Personalausstattung und Tarifbindung im ÖPNV.
- Kein 6-spuriger Ausbau der Südtangente (A 49) in Kassel.
- Förderung integrierter Mobilitätskonzepte für einen leichten Umstieg von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote (u. a. mehr Park&Ride-Plätze, Car- und Bikesharing, Ausbau des Radwegenetzes usw.).
- Ausstieg aus dem Flughafen Kassel und Rückstufung zum Regionalflughafen

Gesundheit ist ein Menschenrecht: Gesundheitsversorgung und Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung und in öffentlichen Eigentum.

Für DIE LINKE gilt: Gesundheit ist keine Ware! Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für das selbstbestimmte Leben jeder und jedes Einzelnen. Gesundheit ist ein existenzielles Gut, welches nicht den Profitinteressen und den Spielregeln des Marktes unterworfen werden darf.

Wir sehen mit Sorge, wie in Hessen die Gesundheitsversorgung unter die Profitinteressen großer Kapitalgesellschaften unterworfen wird. Die Privatisierung der Kliniken haben verheerende Folgen für Patient*innen und Beschäftigte. Das Land muss seiner Finanzverantwortung nachkommen. Es müssen alle Optionen genutzt werden, damit Gesundheitsversorgung in öffentlicher Verantwortung und in öffentlichem Eigentum bleibt.

Auch in Kassel gibt es genügend Anlass zur Sorge in der Gesundheitsversorgung. So brachte eine »Analyse der ambulanten medizinischen Versorgung in der Stadt Kassel« der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen heraus, dass der Anteil der über 55-jährigen Hausärzte bei über 50 Prozent liegt und in den nächsten Jahren von den 152 Hausärzten rund 72 ausscheiden werden. Von den derzeit 19 Kinderärzten werden 11 altersbedingt ausscheiden. Demgegenüber werden gerade mal 8 Allgemeinmediziner*innen ausgebildet. Das ist eine typische Entwicklung, wie sie in ganz Hessen zu beobachten ist.

DIE LINKE will sich dieser negativen Entwicklung entgegensetzen und fordert eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Hausarztpraxen, Rekommunalisierung, gute Bezahlung, mehr Personal für Pflege und Gesundheit.. Wir lehnen die Organisation von medizinischen Versorgungszentren durch private Kapitalgesellschaften ab und fordern stattdessen die Einrichtung solcher Zentren in öffentlicher Verantwortung.

Für Kassel will DIE LINKE den Verbleib der Seniorenwohnanlagen (SWA) in öffentlicher Hand und ihre Modernisierung – keine Ausgründungen oder Lohnabsenkungen in der Altenpflege!

Kommunale Aufgaben finanzieren und Reichtum besteuern

Hessische Städte und Gemeinden bluten aus. Viele Kommunen sind pleite und enorm überschuldet. Die Ursachen hierfür sind eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie eine kommunalfeindliche Politik der Landesregierung, welche den Kommunen 400 Mio. Euro jährlich vorenthält. Die von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP unterstützte sog. »Schuldenbremse« in der Landesverfassung wird von der Landesregierung zum Vorwand genommen, Städte und Gemeinden zum Sozialabbau zu zwingen. Die sog. »Schutzschirm-Programme, unter

denen die hessischen Kommunen leiden, sind nichts anderes als eine verschärfte Variante der Kürzungspolitik auf dem Rücken der Bevölkerung. Wir fordern die Erhöhung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs und eine bedarfsdeckende Zuteilung an die Kommunen. Durch Erhöhungen von Gebühren (etwa in den Bereichen: KITA's, Abfall- und Friedhofsgebühren) und durch Steuererhöhungen (so z.B. bei der Grundsteuer B) sollen die hessischen Bürger*innen die Folgen dieser unsäglichen Sparpolitik tragen.

In Kassel singt die politische Mehrheit im Rathaus ein Loblied für diese Sparpolitik. Die Tatsache, dass Kassel inzwischen aus dem sog. »Schutzschirm« entlassen wurde und der Stadtkämmerer, der zugleich OB-Kandidat der SPD ist, einen »ausgeglichenen Haushalt« präsentierte, wird zum Anlass für ein »Weiter-So-Politik« genommen. Dabei wird aber gerne verschwiegen, dass dem »ausgeglichenen Haushalt« Kürzungen zugrunde liegen, ausgetragen auf dem Rücken der breiten Mehrheit der Kasseler Bevölkerung: Städtische Bibliotheken: geschlossen; Inklusion: ein Sparmodell dank fehlendem Personal; Verwaltung: überlastet, ob bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen, im Bauamt oder in den städtischen Kitas; Schulgebäude: baufällig mit einer Sanierungsstau von über 70 Millionen Euro; Freibäder: gerade noch gerettet durch eine breite Bewegung und Fördervereine. Die nächsten Kürzungen stehen an, mehr und mehr Bereiche der Daseinsvorsorge sollen sich wirtschaftlich selbst finanzieren.

Hier sagen wir: Es geht auch anders, daher: Schluss mit der Sparpolitik auf dem Rücken der Menschen! Die kommunale Selbstverwaltung muss erhalten und wieder hergestellt werden!

Wenn das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigt werden soll, dann muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beendet werden. Während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden, häuft sich der Reichtum in wenigen Händen an. Statt einer schädlichen Schuldenbremse, vermeintlichen Rettungsschirmen und Kürzungsdiktaten müssen planungssichere Einnahmen für Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, geschaffen werden. Notwendig ist etwa die Einführung einer Vermögenssteuer, deren Einnahmen direkt den Ländern und Kommunen zugutekämen.